

## Soziales

- Ausbau von Begegnungsstätten von Jung und Alt.
- Förderprogramme für Seniorenwohngemeinschaften (siehe Dänemark).

Deutschlands Bevölkerung wird immer älter. Die Zahl der 65- Jährigen wird in den nächsten zwei Jahrzehnten um 5 Millionen steigen. Wenn man niemanden im Alter hat, der sich um einen kümmert, bleibt oft nur der Weg ins Pflegeheim/Pflegestift.

Die Situation in vielen dieser Einrichtungen ist jetzt schon erschreckend. Man fühlt sich dort meist abgeschoben und vernachlässigt. Im Jahr 2030 werden in Deutschland 500.000 Pflegekräfte fehlen. Jeder kann sich jetzt schon ausmalen, dass die jetzt schon teilweise schlimme Situation im Pflegebereich dann zur Katastrophe wird. Deshalb sollte man sich nach Vorbild vieler skandinavischer Staaten, vor allem Dänemark, das Modell der Seniorenwohngemeinschaft genauer ansehen.

### **Beispiel:**

Fünf ältere Menschen, im Alter von 70 und älter leben in einem Haus mit Garten, werden nonstop oder teilweise von einer Pflegekraft betreut. Die fünf Senioren haben leichte Beschwerden. Dadurch, dass sie sich untereinander unterstützen (z. B. Kochen, Garten, Zusammenleben etc.) fühlen sie sich wertvoller und sind noch mitten im Leben. Es herrscht auch keine Einsamkeit, somit werden Depressionen etc. vermieden. Falls gesundheitliche, schwerwiegende Probleme auftauchen, ist medizinische Versorgung sehr schnell verfügbar. Dieses Projekt ist allerdings für Demenzkranke ungeeignet.

In Dänemark ist das Leben in Seniorenwohngemeinschaften Gang und Gebe. In Deutschland ist die Pflegeheimlobby leider noch zu stark (meist reine Wirtschaftsunternehmen, die nur Profit machen wollen zu Lasten der Heimbewohner). Finanziell ist das Konzept der Senioren-WG bei weitem günstiger, an statt alle fünf Senioren in einem Pflegeheim leben würden. (Ein genaues Konzept liegt vor).

Die Gesellschaft braucht 5-10 Jahre für die Umsetzung dieses Konzeptes. Diese Zeit wird auch benötigt, damit sich das gesellschaftliche Denken hin zur Senioren-WG verändert.

Die AViP fordert deshalb ganz massiv die Förderung von Seniorenwohngemeinschaften durch den Staat. Um die Suche nach geeigneten Mitbewohnern und geeignetem Wohnraum zu vereinfachen, müssen hier staatliche Stellen unterstützen, z. B. müssen Internetplattformen gefördert werden, die Wohngemeinschaften für Senioren kostenfrei vermitteln.

Des weiteren sollten die Häuser/Wohnungen barrierefrei sein. Es sollte auch ein passendes Angebot im Umfeld der WG an z. B. Einkaufsmöglichkeiten, Grünanlagen oder Kultureinrichtungen vorhanden sein. Der Staat sollte diesen Weg des Zusammenlebens noch intensiver finanziell unterstützen. Deutschland muss für die Zukunft fit gemacht werden, damit man sich im Alter in unserem Land wohl fühlt!

### **Weitere Forderungen der AViP**

- Förderung von Mehrgenerationenhäusern.
- Menschenwürdig altern.
- Intensivdeutschkurse als Pflicht für Migranten zur Erhöhung der Integrationschancen.
- Sofortige Abschaffung der Herdprämie. Hier wird Integration boykottiert.

- Gemeinsames Sorgerecht auch bei unverheirateten Paaren.
- Keine Benachteiligung von Vätern in Sorgerechtsangelegenheiten.
- Toleranz und Versorgungsausgleich für Lebenspartnerschaften.
- Angepasste Bezahlung im Sozial-, Lehr- und Gesundheitsbereich.
- Hilfestellung zur besseren Imagegestaltung im Sozial-, Lehr- und Gesundheitsbereich.
- Massive Förderung der Pflegeberufe. Im Jahr 2030 werden in Deutschland laut einer Studie 500.000 Vollzeitkräfte im Pflegebereich fehlen. Wer jetzt in den Vierzigern oder Fünfzigern ist und die teilweise jetzt schon ziemlich schlimmen Zustände in manchen Pflegeheimen und Pflegestiften kennt, weiß, was auf ihn zukommt. Die AViP hat gerade hier sehr gute Programme, auch in Zusammenarbeit mit anderen Parteien entwickelt, um das zu vermeiden.

Ziel einer neuen und vernünftigen Pflegepolitik muss es sein, die Potenziale einer Gesellschaft des längeren Lebens zu nutzen.

Auf der einen Seite bleiben die Menschen länger gesund und sind leistungsfähiger, aber dadurch steigt auch der Anteil der älteren Bürger und so der Bedarf an Unterstützung und Begleitung im häuslichen Umfeld. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis zum Jahr 2030 bundesweit um ca. 50% zunehmen, während die Zahl der Menschen, die in der Pflege arbeiten, eher rückläufig ist. Ohne Statistiker zu sein, kann man erkennen, dass wir auf eine Pflegekatastrophe zusteuern.

Bund, Land, Kommune, Unternehmen und Gesellschaft sind hier deshalb massiv gefordert! Die AViP unterstützt und fordert neben dem Ausbau von Seniorenwohngemeinschaften und der Förderung von Mehrgenerationenhäusern folgende Punkte:

- Möglichkeit, für Pflegezeiten angemessene Rentenansprüche zu erwerben.
- Erhöhung der Attraktivität des Berufsbildes Altenpflege, z. B. durch die Ausfinanzierung der dreijährigen Ausbildungsphase im Rahmen einer normalen, vernünftigen, dualen Ausbildung.
- Übertragung von Verantwortung von notwendigen finanziellen Ressourcen für vorbeugende und familienunterstützende Angebote und Leistungen von der Bundesebene auf die Kommunen.
- Erleichterung der Nachqualifizierung zur Sicherung des Fachkräftemangels in der Pflege.
- Schrittweise Angleichung der stationären und ambulanten Sachleistungen in Pflegestufe 1 und 2.
- Mehr Unterstützung von Freiberuflern, die ihre Angehörigen pflegen. Beispiel: In der Zeit, in der ein Freiberufler in seinen eigenen vier Wänden einen kranken Menschen pflegt, gehen normalerweise die Umsätze des Freiberuflers zurück.

Die Krankenkasse des Pflegebedürftigen zahlt nun einen Betrag x in die gesetzliche Rentenversicherung für den Freiberufler, um den Freiberufler so zu unterstützen. Die meisten Freiberufler haben aber nicht vorher in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt, sondern haben private Absicherungen bzw. Versicherungen, in die sie jahrelang eingezahlt haben. Dem Freiberufler wäre also sehr geholfen, wenn er für seine privaten Renten/Lebensversicherungen finanzielle Unterstützung bekommen würde, da die Kosten hier ja weiterlaufen. Allerdings sollte die Police des Freiberuflers schon mind. 5 Jahre laufen.



AViP - Autofahrer- und Volksinteressenpartei

Leider schalten die Krankenkassen der Pflegebedürftigen hier auf stur und weigern sich, den Freiberufler durch Einzahlungen in seine privaten Policen zu unterstützen.

Würden Freiberufler hier mehr Unterstützung bekommen, würden sie auch mehr ihre Angehörigen in den eigenen vier Wänden pflegen.